



# ZivilCourage

Magazin der DFG-VK

## MORDSGESCHÄFT WAFFENHANDEL

**Felix Oekentorp: Das Völkerrecht ist nicht alles, aber ohne es hätten wir es noch schwerer**

**Frank Brendle: Bundeswehr-Tradition – Wieviel Wehrmacht soll es sein?**

**Jürgen Grässlin: Das neue „Global Network - Stop the Arms Trade“**

**DFG-VK vor Ort: Die Gruppe Mannheim-Ludwigshafen**



# MORDSGESCHÄFT WAFFENHANDEL

Foto: Michael Schütze von Gläßer

## Global denken und vernetzt handeln

Mit einem neuen weltweiten Netzwerk den internationalen Waffenhandel stoppen

Von Jürgen Grässlin

**10** Prozent Steigerung der weltweiten Waffentransfers. Die Welt der Waffensexporte ist in Bewegung geraten, im Schlechten wie im Guten.

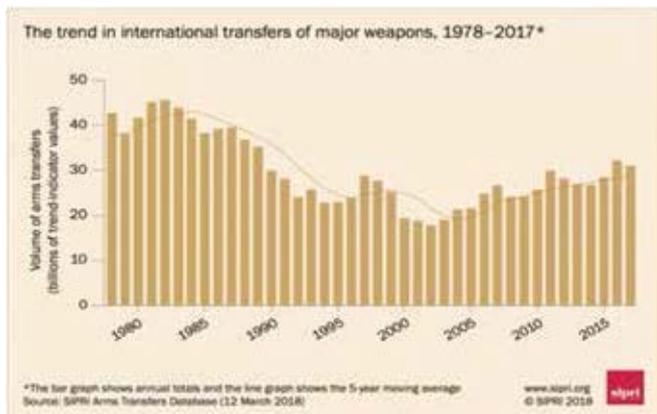
Das Schlechte vorweg: In Anbetracht der langjährigen Krisen und Kriege haben die Staaten im Nahen Osten im letzten Jahr fünf weit aus

mehr Großwaffensysteme wie Kampfpanzer, Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge und Militärhelikopter importiert als im gleichen Zeitraum zuvor. Dies belegen Recherchen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts *Sipri* vom März.

Laut dem *Sipri*-Forschungsleiter Pieter Wezeman seien die meisten Länder in der Region direkt an gewalt-

tätigen Auseinandersetzungen beteiligt. In Westeuropa und Nordamerika habe es politische Debatten darüber gegeben, nicht mehr derart viele Waffen in die Region zu liefern. Dennoch „bleiben die USA und europäische Staaten die Hauptexporteure“.

Die *Sipri*-Erkenntnisse basieren auf den Fünfjahresvergleichen von 2013 bis 2017 mit dem Zeitraum 2008



Anstieg: der Trend im internationalen Handel mit Großwaffensystemen

Verträge über Waffensysteme zur Raketabwehr geschlossen worden, deren Auslieferung in den kommenden Jahren erfolge. Zudem würden Verträge mit US-amerikanischen Unternehmen über die milliardenschwere Beschaffung von Kampfflugzeugen die Importzahlen wieder nach oben treiben.

bis 2012. Dabei verheißen die Resultate insbesondere für die Staaten des Nahen Ostens nichts Gutes. Diese hätten ihre Importe im Vergleichszeitraum mehr als verdoppelt. Mit 32 Prozent sei nahezu jede dritte verkaufte Waffe in den vergangenen fünf Jahren in die Krisen- und Kriegsregion Nahost gegangen.

Weltweit wuchs der internationale Waffenhandel, berechnet für Exporte und Importe, um beachtliche zehn Prozent, wobei auch Asien und Ozeanien zulegten. Ein Lichtblick: Weniger Rüstungsgüter flossen nach Europa, Amerika und Afrika, teilweise begründet mit Wirtschaftskrisen.

### Die global führenden Großwaffenimporteure...

Mit einem Weltmarktanteil von 12 Prozent rangiert Indien weiterhin auf Platz eins der Waffenimporteure. Der Friedensforscher Wezeman begründet diese Tatsache mit den Spannungen zwischen Indien auf der einen Seite und Pakistan und China auf der anderen Seite. Diese „be-feuern Indiens wachsende Nachfrage nach Waffen“, die es selbst weiterhin nicht produzieren könne. Mit einer Verdreifachung seiner Waffenimporte folgte Saudi-Arabien auf Rang zwei, gefolgt von Ägypten, den Arabischen Emiraten und China.

Auch wenn die Importe der europäischen Staaten in besagtem Zeitraum um gut ein Fünftel sanken, stimmt die Sipri-Prognose nachdenklich: Aufgrund zunehmender Spannungen mit Russland würde sich diese Entwicklung wieder umkehren. 2017 seien

### ... und die größten Exporteure im Großwaffenbereich.

Der mit Abstand größte der Weltwaffenlieferanten bleiben die Vereinigten Staaten, mit einem Anteil von 34 Prozent. Von 2013 bis 2017 steigerten sie ihren Rüstungsexporttransfer um ein Viertel. US-Großwaffensysteme wurden an 98 Staaten verkauft. Nahezu jede zweite Waffe ging, von Washington genehmigt, in den Nahen Osten.

Von Rüstungsexportgegnern wird die Schuld an dieser Entwicklung nur allzu gerne einzig dem derzeit amtierenden US-Präsidenten Donald Trump zugewiesen. Tatsächlich aber kommt Barack Obama, dem 2009 für friedenspolitische Ankündigungen der Friedensnobelpreis zugesprochen worden war, die zweifelhafte Ehre zu, diese Entwicklung maßgeblich in Gang gesetzt zu haben

So bilanzierten US-amerikanische Medien, dass die Administration unter Obama mehr Waffenexporten zugestimmt hatte als unter irgendeinem anderen US-Präsidenten seit dem Zweiten Weltkrieg. Bereits unter Obama war das salafistische Herrscherhaus in Riad zum Waffenempfänger Nummer 1 avanciert. Allein an Saudi-Arabien gingen 2008 bis 2015 Waffenlieferungen im Wert von 94 Milliarden US-Dollar.

Keine Frage, Donald Trump wird diese Katastrophenbilanz noch toppen. Bei seinem Besuch in Saudi-Arabien im Mai 2017 wurde vereinbart, dass Riad in einem ersten Schritt

Rüstungsgüter im Wert von nahezu 110 Milliarden Dollar kaufen wird. Summa summarum soll der Waffenexportdeal über einen Zeitraum von zehn Jahren 350 Milliarden Dollar umfassen. Damit ist der größte einzelne Rüstungsdeal in der Geschichte der USA unter Dach und Fach. Der 45. US-Präsident jubilierte über „Jobs, Jobs, Jobs“ in seinem Heimatland.

Ganz anders die Entwicklung im zweitgrößten Rüstungsexportland. Laut Sipri verkaufte Russland in den letzten fünf Jahren 7,1 Prozent weniger an Waffen als im Vergleichszeitraum zuvor. Positiv schien auch die Entwicklung in Deutschland zu sein. Der weltweit viertgrößte Rüstungsexporteur habe seine Großwaffenverkäufe im besagten Fünfjahresvergleich um 14 Prozent zurückgefahren, so Sipri.

Zwei Aspekte trüben allerdings die vermeintlich so erfreuliche Bilanz der Großen Koalition seit 2013. Zum einen verkaufte Deutschland – und das trotz vehemente friedenspolitischer Proteste, wie die von der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und mit ihr der DFG-VK – doppelt so viele Waffen in den Nahen Osten wie im Vergleichszeitraum. »



Im Auftrag von Jürgen Grässlin designte und zeichnete der in Freiburg/Br. lebende Künstler Haubi Haubner das Logo für GLOBAL NET - STOP THE ARMS TRADE. Außerdem entwarf und zeichnete er Grafiken für die einzelnen Themenbereiche der GN-STAT-Website. Für die Illustrationen entwickelte er eine stilistisch geschlossene, erzählerische Bildsprache mit eigens entworfenen Piktogrammen. Einige seiner Grafiken illustrieren diese Titelgeschichte. (Info: www.haubihaubner.art)

» Zum anderen verlagern deutsche Rüstungsfirmen ihre Produktion und damit ihre Exportwerke zunehmend ins Ausland – und zwar in Staaten, in denen die Rüstungsexportgesetze noch laxer sind und die friedenspolitische Diskussion weniger vehement ausgefochten wird. Ein besonders düsteres Bild zeichnet der Berliner Friedensforscher Otfried Nassauer vom größten rein deutschen Waffenproduzenten: der Rheinmetall AG aus Düsseldorf.



## Munition für die Kriege der Welt.

Laut Nassauer, der das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (Bits) leitet, hat Rheinmetall die perfekte Strategie entwickelt, Kriegsfürsten im Nahen und Mittleren Osten massenhaft mit Munition zu versorgen. Die eine Spur führt über RWM Italia, die andere über die Gemeinschaftsfirma Rheinmetall Denel in Südafrika.

„Amnesty International und Human Rights Watch haben den Einsatz von MK82 und MK83-Bomben sowie Lenk Waffen des Typs Paveway IV von RWM-Italia im Jemenkrieg gegen militärische und zivile Ziele nachgewiesen“, erläutert Otfried Nassauer. „Eine Expertenkommission der Vereinten Nationen kam Anfang 2017 zu dem gleichen Ergebnis und schlussfolgerte, dass etliche Einsätze dieser Waffen substanzielle Zweifel an deren Zulässigkeit nach den Regeln des Kriegsvölker- und des internationalen humanitären Rechts aufwerfen.“

So hat sich Denel „darauf spezialisiert, ganze Munitionsfabriken und Munitionsabfüllanlagen in teils höchst umstrittene Empfängerländer zu exportieren. Die Firma behauptet, in etwas mehr als drei Jahrzehnten 39 solcher Anlagen gebaut zu haben. Jedes Jahr kommen angeblich zwei bis drei

weitere hinzu“, so Nassauer. (Siehe dazu Seite 12 in diesem Heft.)

**Kleinwaffenproduktion und -ein-satz in den USA.** Bei den sogenannten Kleinwaffen – der verharmlosend klingende Begriff umfasst Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm- und Scharfschützengewehre, Handgranaten, Landminen und kleine Mörser – liegen die USA, Italien und Deutschland an der Spitze des weltweiten Rankings. Dabei wissen deren Regierungen um die Tatsache, dass in gewaltsamen Konflikten mehr als neun von zehn Menschen durch den Einsatz der besonders effizienten Kleinwaffen ihr Leben verlieren.

Die im Großwaffenbereich aufgezeigte globale Strategie, wird – wenn auch in anderer Ausprägung – auch bei Kleinwaffenproduzenten angewandt. Hier stehen weniger gigantische Aufkäufe und Joint Ventures im Vordergrund, sondern vielmehr Auslandsverlagerungen und Werksexpansionen primär in den Ländern des – global gesehen – reichen Nordens.

So verlagern bzw. erweitern zahlreiche Firmen ihre Produktionskapazitäten direkt in die Vereinigten Staaten, dem weltweit größten Absatzmarkt. In der Folge sollen der US-Markt und von dort aus Staaten des Südens mit Pistolen und Gewehren beliefert werden können. Typische Beispiele sind hierzulande Sig Sauer in Eckernförde und Heckler & Koch. Der Oberndorfer Kleinwaffenproduzent sieht sich mit einem – gemäß eigener Angaben – unter zweiprozentigen Marktanteil in den USA unterrepräsentiert.

Um dieses vermeintliche Defizit zu beheben, errichtet der führende deutsche Kleinwaffenhersteller zurzeit die erste eigene Waffenproduktion im Ausland. Bereits Ende 2018 sollen erstmals H&K-Pistolen das neue Waffenwerk in der Stadt Columbus im US-Bundesstaat Georgia verlassen. Das erste Highlight aus Firmensicht soll die Produktpräsentation bei einer Ausstellung bei der *Shot-Show* („*Shooting, Hunting, Outdoor, Trade*“) in Las Vegas im Januar 2019 sein.

Ganz so, als hätte es den Amoklauf in Las Vegas nicht gegeben. Dort hatte im letzten Oktober ein Attentäter 58 Menschen durch Schüsse aus mehreren Kleinwaffen getötet und 851 weitere Personen verletzt, die größte Zahl an Opfern eines Einzeltäters in der US-Historie. Derlei Amokläufe und auch die Schoolshootings finden medial eine breite Beachtung und können – wie im Fall des Schulmassakers an der Marjory Stoneman Douglas Highschool in Parkland, Florida, mit 17 Getöteten – eine immense Gegenbewegung auslösen. So verließen bei der „National School Walkout Rally“ im März landesweit mehr als eine Million Schüler\*innen an etwa 3000 Schulen ihre Klassenzimmer. Organisiert wurde die Aktion von der Jugendorganisation „Empower“ der „Women’s March on Washington“-Bewegung.

Dagegen sterben die Opfer von Rüstungsexporten vielfach jenseits jeglicher medialer Aufmerksamkeit. Laut Untersuchungen der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (Akuf) tobten „2014 insgesamt 31 Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen“. Akuf ermittelte, dass die Region Vorderer und Mittlerer Orient mit 12 Kriegen und bewaffneten Konflikten am stärksten betroffen waren, gefolgt von Afrika, 9, und Asien, 8. Die allermeisten dieser Kriege stellen einen dankbaren Absatzmarkt für die Waffenexporteure des Nordens dar.

Die H&K-Geschäftsführung, die sich mit der Ampelstrategie eine neue Ausrichtung verordnet hat, sieht die moralische Wende in der Rüstungsexportpolitik eingeläutet. Nach Abwicklung von Altaufträgen werde man nur noch „grüne“ Länder beliefern, die der EU oder der Nato angehören oder Nato-assoziiert sind. „Gelbe“ und „rote“ Länder außerhalb besagter Bündnisse würden keinerlei Kriegswaffen mehr von H&K erhalten, also weder Saudi-Arabien, noch Algerien oder Ägypten. Selbst der Nato-Partner Türkei sei aufgrund seiner Menschenrechtsslage von Waffentransfers ausgeschlossen (siehe *ZivilCourage* 4/2017, S. 19 f.). »

## Fall 01 des Global Network - Stop the Arms Trade

## Deutsche Waffenexporte für den Völkermord

## Mauser-Gewehre und Krupp-Kanonen im Einsatz beim Genozid osmanischer Streitkräfte an Armeniern (1895-1915)

Von Wolfgang Landgraber (mit Beiträgen von Otfried Nassauer, Bernhard Trautvetter und Helmut Lohner)

**Zusammenfassung.** Bei fast allen Aktionen des 1915 einsetzenden Völkermordes an mehr als einer Million Armeniern waren reguläre türkische Truppen und Angehörige der sog. „Gendarma“ (Gendarmerie) beteiligt. Bei einzelnen Mordaktionen griffen deutsche Offiziere, die in türkisch-osmanischen Generalstäben Dienst taten, aktiv mit ein. In der Mehrzahl waren die Aggressoren mit Mauser-Gewehren oder -Karabinern, die Offiziere mit Mauser-Pistolen bewaffnet, allesamt produziert in den Mauser-Werken in Oberndorf am Neckar.

Krupp-Kanonen aus Essen waren zu Hunderten ebenfalls im Einsatz, etwa beim Sturm auf den von Armeniern besetzten Berg Musa Dagh („Mosesberg“).



Eine der wenigen existierenden Aufnahmen von Vertreibungen mit militärischer Gewalt stammt vom April 1915. Sie zeigt eine Kolonne armenischer Deportierter aus Harput, unterwegs in ein Gefangenenlager bei Mezireh, in Schach gehalten von türkischen Soldaten mit Mauser-Gewehren.

Deutsche Exportwaffen lieferten die materielle Grundlage für den Völkermord, deutsche Offiziere die ideologische.

Im Februar 1887 unterzeichneten das Kriegsministerium des Osmanischen Reiches und ein deutsches Firmenkonsortium, bestehend aus den Firmen Mauser und Ludwig Loewe & Co KG, einen Vertrag über die Lieferung von 500 000 Gewehren vom Modell M/87 und 50 000 Karabinern des gleichen Typs. Die Gewehre und Karabiner wurden bis Ende 1893 an die Türken ausgeliefert. Im selben Jahr

gab es einen neuen Auftrag: 200 000 Karabiner des Typs M/93, dessen Magazin 10 Patronen fasste. Die Karabiner wurden bis Ende 1896 geliefert.



Mauser-Arbeiter bei der Gewehr-Montage (ca. 1893)

Im Jahr 1903 dann die dritte große Bestellung für weitere 200 000 Gewehre des modernsten Typs M/1903. Die Türkei verfügte Anfang des 20. Jahrhunderts über 900 000 Mauser-Gewehre und -Karabiner. Mehr als zwei Drittel aller Soldaten der osmanischen Armee und der Angehörigen der paramilitärischen Gendarmerie waren mit Mauser-Waffen ausgerüstet.

Auch Kanonen aus Deutschland waren bei den osmanischen Militärs äußerst begehrt. Der Firma Krupp in Essen gelang es zwischen 1861 und 1912, alle französischen, britischen und amerikanischen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Krupp nutzte seine guten Kontakte zu Kaiser Wilhelm II. und zum Hof des Sultans, um Aufträge zum Bau von Feldkanonen und Geschützen für insgesamt 226 Millionen Reichsmark zu erhalten.

Die Krupp-Kanonen kamen auf türkischer Seite sowohl in den Balkan-Kriegen, im türkisch-russischen Krieg und im

Ersten Weltkrieg zum Einsatz, aber zu Hunderten auch bei Attacken auf armenische Freischärler, die sich gegen die Mordaktionen der Osmanen zur Wehr setzten.

**Opfer.** Ca. 1,2 Millionen Menschen starben beim Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1895 bis 1916.

**Täter auf deutscher Seite:** Generalfeldmarschall Freiherr Colmar von der Goltz; Diplomat und Krupp-Aufsichtsratsvorsitzender Gustav Georg Friedrich Maria Krupp von Bohlen und Halbach; Isidor Loewe; Rüstungsmanager bei Ludwig Loewe & Co und den Mauser-Werken; Paul Mauser (seit 1912 von Mauser), Waffenkonstrukteur der Mauser-Werke

**Täter auf türkischer Seite:** Sultan Abdülhamid II.; Sultan Mehmed V.; Kriegsminister Enver Pascha; Innenminister und Chef der Gendarmerie Talaat Pascha

Die ausführliche Volltextversion dieses Falls findet sich im Internet unter: <https://www.gn-stat.org/deutsch/fälle/armenien-langfassung/>



Waffenbrüder: Kaiser Wilhelm II., Sultan Mehmed V. und Kaiser Franz Joseph I.

» Wohin aber weist der Weg in Wirklichkeit? Rüstungsexporte an bzw. Vor-Ort-Produktionen in „grünen“ Ländern wie den USA sorgen für ein noch größeres Angebot auf dem US-Waffenmarkt. Waffenbestellungen wie die der Beschaffungsbehörde „Direction Générale de l’Armement (DGA)“, des Verteidigungsministeriums in Paris, geben den französischen Soldaten modernste HK416F-Gewehre in die Hand. Immerhin sieht der Vertrag die Auslieferung von 102000 der Sturmgewehre vor. Dabei ist bekannt, wie rücksichtslos französische Sicherheitskräfte auf dem afrikanischen Kontinent agierten und agieren – sowohl bei Militäreinsätzen als auch mit Waffenexporten.

**Massenmorden auf der Südhemisphäre mit Mordwerkzeugen aus Industriestaaten.** Pars pro toto sei ein einziger Fall genannt (*Eine Vielzahl weiterer wird auf der neuen Website des Global Net – Stop the Arms Trade*



Flyer des DFG-VK-Landesverbands Bayern, kostenlos bestellbar über [shop.dfg-vk.de](http://shop.dfg-vk.de)

*publiziert werden*): Die gezielten Mörder von Hutu-Extremisten an bis zu 800000 Tutsi bzw. gemäßigten Hutu in Ruanda von April bis Juli 1994 wurden einzig ermöglicht durch Importe von mehr als einer Million Macheten aus China sowie durch Gazelle-Helikopter, Milan-Raketen, schwere Maschinengewehre und weitere Waffen aus Frankreich.

Ungeachtet des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegen Ruanda hatte die französische Bank BNP Paribas im Juni 1994 eine Zahlungsanweisung der Nationalbank von Ruanda akzeptiert.

In der Folge „könnten Beträge überwiesen worden sein, mit denen Kriegsverbrecher Waffen für den Völkermord in Ruanda gekauft haben“. Beweise dieser Vorgänge überzeugten die französischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) Sherpa, Collective of Civil Parties (Collectif des parties civiles pour le Rwanda/CPCR) und Ibuka France davon, dass die Pariser Bank BNP um die Folgen ihrer Genehmigung der Geldtransfers gewusst haben müsse. Die NGOs reichten Klage gegen die französische Bank ein. Der Vorwurf lautet: „wegen Beteiligung an Völkermord, an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Um derartige Waffentransfers an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten bzw. Kombattanten aufzudecken, müssen Informationen weltweit zugänglich gemacht werden. Während die Waffenindustrie global agiert, sind Rüstungsexportkritiker\*innen – von Journalist\*innen, Filmemacher\*innen, Kriegsreporter\*innen bis hin zu Ärzt\*innen, Friedens-, Entwicklungs- und Menschenrechtsaktivist\*innen – rund um den Globus bislang unzureichend, zuweilen gar nicht vernetzt. Wer den weltweit agierenden Waffenhändlern, ihren Politikern und Lobbyisten das Handwerk legen will, muss sich vernetzen – national, international, global.

**Die Aufschrei-Kampagne international vernetzen.** Immer wieder die

eine Klage: Zu wenige Journalist\*innen berichten in Printmedien über das Thema Waffenhandel, zu wenige kritische Filme werden gedreht, zu wenige fundierte Radiofeatures gesendet, zu wenig Recherchen im Internet publiziert. Die Zahl der Journalist\*innen, Filmemacher\*innen, Radioredakteur\*innen und Internetaktivist\*innen, die sich dauerhaft und intensiv mit Rüstungsexporten, den Fällen, den Tätern und den Opfern zuwenden, ist national wie international vergleichsweise überschaubar.

Einerseits überrascht diese Tatsache, denn an brisanten Rüstungsexportfällen bestand historisch und besteht heute leider kein Mangel. Andererseits ist dieses Manko erklärbar: Gerade in den Redaktionen der Printmedien werden im Zeitalter der Rationalisierung von McKinsey & Co. Arbeitsplätze gnadenlos zusammengestrichen, Stellen massiv abgebaut.

Zudem ist es für Journalist\*innen eingeständenermaßen schwer, sich dem Thema des Waffenhandels investigativ anzunähern. Recherchen bedürfen viel Zeit und der Mithilfe zahlreicher Teamplayer. Denn die Unternehmen, ihre Politiker und Lobbyverbände arbeiten im Dunkeln, objektiv verifizierbare Daten sind kaum erhältlich. Kriegsreporter\*innen riskieren ihr Leben, wollen sie Bildmaterial direkt von der Front liefern. Was der Weltöffentlichkeit dagegen gezeigt wird, ist gezielt ausgewähltes Material, das den jeweiligen Konfliktparteien genehm erscheint. Kriegslügen sind vorprogrammiert, Rüstungsexportlügen an der Tagesordnung. Schlimmer, folgenschwerer, todbringender kann Manipulation nicht sein.

Und wir? Wie halten wir Kritiker\*innen des Rüstungsexports dagegen? Erst einmal mit dem nicht zu unterschätzenden Ansatz der nationalen Vernetzung in zahlreichen europäischen Ländern. Die bundesdeutsche Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ – von der DFG-VK und dem *RüstungsInformationsBüro* maßgeblich mitbegründet – darf mit ihren weit mehr als 100 Mitgliedsor-

organisationen als mustergültiges Erfolgskonzept angesehen werden. Im Jahr 2011 ins Leben gerufen, wurden schon jetzt zahlreiche Ziele erreicht.

So wurde – gemeinsam mit Aktivist\*innen von „Legt den Leo an die Kette!“ – der Export von Leopard-2-Kampfpanzern an Saudi-Arabien mit einer breit angelegten Kampagne verhindert. Der Export von Kleinwaffen und Munition wurde zentral thematisiert, die Bundesregierung hat in eben diesem Bereich Defizite erkannt und die Restriktionen nachdrücklich verschärft. In einer repräsentativen Emnid-Umfrage wurde gefragt: „Einmal grundsätzlich betrachtet, sollte Deutschland ihrer Meinung nach Waffen und andere Rüstungsgüter in andere Länder verkaufen oder nicht?“ Beachtliche 83 Prozent der Befragten verneinten weitere Waffenexporte. Das Umfrageergebnis ist auch ein Erfolg der Aufschrei-Kampagne, die in nie gekannter Breite von Friedens- und Entwicklungsbebewegung, evangelischen und katholischen Organisationen sowie humanitären Hilfswerken wie Brot für die Welt und Misereor Aufklärung betrieben und Druck auf die Bundesregierung organisiert hat.

Dessen ungeachtet – und das muss auch Teil unserer Zwischenbilanz sein – steigerte die von CDU/CSU und SPD geführte Regierungskoalition die Rüstungsexportgenehmigungen bei Einzel- und Sammelausfuhren auf neue Höchstwerte: im Jahr 2015 auf den Rekordwert von 12,81 Milliarden Euro.

**Erfolgreiche Strafanzeigen gegen Sig Sauer und H&K.** Als besonders erfolgreiches Instrument erweisen sich zusehends Strafanzeigen. Solche habe ich mit Christine Hoffmann von *pax christi* und mit Paul Russmann von *Ohne Rüstung Leben*, meinen langjährigen Kolleg\*innen im Sprecherkreis der Aufschrei-Kampagne, über den versierten Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer gegen Sig Sauer und mit Rothbauer selbst gegen Heckler & Koch gestellt.

Was sich hinter den Kulissen seit einiger Zeit angedeutet hat, ist seit April offiziell: Unsere Strafanzeige von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ gegen den Kleinwaffenhersteller und -exporteur Sig Sauer in Eckernförde ist von Erfolg gekrönt. Was in vielerlei Hinsicht mehr als erfreulich ist. Weil es uns damit zum zweiten Mal – nach dem von uns aufgedeckten illegalen G36-Gewehrdeal von Heckler & Koch mit Mexiko und dem nun beginnenden Strafprozess vor dem Stuttgarter Landgericht – gelingt, Licht ins Dunkel der Menschaften der Manager der Kleinwaffenindustrie zu bringen. (siehe Kasten rechts)

Acht Jahre nach Erstattung der ersten Strafanzeige ist es endlich soweit, der Fall 02 (recherchiert von Maria-Eugenia L. Valencia und mir) „Das G36 in Mexiko“ kommt zur Umsetzung!

**Der illegale G36-Gewehrhandel von H&K mit Mexiko.** Bereits im 19. Jahrhundert war Mexiko das Zielland für Waffenexporte aus Europa, allen voran aus Deutschland. Pistolen und Gewehre der Firma Mauser waren beliebt zur gewaltsamen Konfliktauflösung und reichlich vorhanden. Dieser Tradition folgend hat auch Heckler & Koch – gegründet 1949 von den Mauser-Ingenieuren Heckler, Koch und Seidel – seit den 1960er Jahren das Sturmgewehr G3 an das größte mittelamerikanische Land exportiert.

In den Jahren 2006 bis 2009 wurden offiziell mehr als 8000 G36-Sturmgewehre mit Zubehör an das Verteidigungsministerium Mexikos verkauft – die Zahl der gelieferten Waffen ist realiter weitaus höher. Offiziell erfolgten die Kriegswaffenexporte zur Bewaffnung der Polizei im Kampf gegen die Drogenmafia.

Doch bald tauchten diese Waffen – gegen deutsche Gesetze – in den Händen korrupter Polizisten in Chiapas, Chihuahua, Jalisco und Guerrero auf. Diese vier mexikanischen Bundesstaaten zählten schon damals zu den Hauptschauplätzen des Drogenkrieges. 2014 konnte der Einsatz illegal »

### Auch Sig-Sauer-Manager vor Gericht

Im Juli 2014 hatten Paul Russmann (ORL) und Jürgen Grässlin (DFG-VK und RIB) als Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ Strafanzeige wegen des Verdachts illegaler Exporte von Pistolen des Typs SP 2022 ins Bürgerkriegsland Kolumbien gegen den Eckernförder Kleinwaffenhersteller Sig Sauer gestellt. Die Strafanzeige richtete sich gegen die Sig-Sauer-Geschäftsführer Michael Lüke und Till Hake.

Die Strafanzeige wirkte erfreulich schnell, Sig Sauer wurden weitere Rüstungsexporte untersagt. Im Februar 2015 legte die Sig-Sauer-Geschäftsführung für 73 Beschäftigte Kündigungsbegehren vor. Mit den verbliebenen 50 Mitarbeitern wollte Sig Sauer nur noch Sportwaffen in Eckernförde fertigen. Die Produktion von Polizei- und Militärwaffen wurde in Deutschland weitgehend eingestellt, Produktionskapazitäten allerdings teilweise in die USA verlagert.

Mitte April kam nun der Durchbruch: Laut Medienberichten erhebt die Staatsanwaltschaft Kiel Anklage gegen fünf Mitarbeiter von Sig Sauer wegen des Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz. Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ begrüßt dieses Vorgehen der Kieler Ermittler nachdrücklich. Denn wer den Export von SP 2022-Pistolen über die USA nach Kolumbien mitverantwortet, trägt auch Mitschuld am tödlichen Einsatz dieser Waffen im damaligen Bürgerkriegsland Kolumbien.

Nach der Strafanzeige gegen den Oberndorfer Kleinwaffenhersteller Heckler & Koch wegen illegaler G36-Gewehrexporte nach Mexiko und dem Strafprozess (ab Mitte Mai vor dem Landgericht Stuttgart) ist dies bereits die zweite erfolgreiche Strafanzeige aus der Friedensbewegung gegen illegal agierende Waffenhändler.

Jürgen Grässlin »

» nach Guerrero exportierter G36-Gewehre bei der Entführung und offensichtlichen Ermordung von 43 Lehramtsstudenten einer Hochschule in Ayotzinapa belegt werden.

Auf Seiten von H&K waren nachweislich mehrere Mitarbeiter, unter ihnen zwei Geschäftsführer, in dieses illegale Waffengeschäft involviert. 2010 erstattete ich Strafanzeige gegen führende H&K-Beschäftigte, mein Rechtsanwalt Holger Rothbauer 2012 ergänzend gegen Vertreter des Bundesausfuhramtes und des Bundeswirtschaftsministeriums. Die Beweislage war und ist erdrückend. Dennoch stellte die Stuttgarter Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen die Vertreter der Rüstungsexport-Kontrollbehörden ein.



Erfolgreich ist die Strafanzeige allerdings gegen H&K: Im Mai 2016 erfolgte der Eröffnungsbeschluss des Landgerichts Stuttgart gegen sechs Beschuldigte. Angeklagt ist u.a. der vormalige Landgerichtspräsident und H&K-Geschäftsführer Peter Beyerle wegen vorsätzlichen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und gegen das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) in zwölf Fällen.

**Wie kann der Widerstand** gegen Waffenhandel erfolgreicher werden: Auch international gibt es – von Europa ausgehend – erfolgversprechende Ansätze. Die DFG-VK ist Mitgliedsorganisation der War Resisters' International. Die WRI ist ein weltweit agierendes Netzwerk von Pazifist\*innen, Antimilitarist\*innen und Kriegsdienstverweigerern mit Sitz in London. Rund 90 Organisationen in mehr als 40 Ländern arbeiten bei der WRI mit. Thematisch breit aufgestellt, setzen sich die Mitglieder mit den Mitteln der Gewaltfreiheit gegen Krieg ein und bringen weltweit Menschen zusammen, die sich der Beteiligung oder an der Vor-

bereitung von Kriegen verweigern. Für Mitstreiter\*innen gegen Waffenhandel sind vor allem die „War Profiteer Companies“, die kriegsprofitierenden Unternehmen, von Bedeutung (<https://www.wri-irg.org/en/programmes/war-profiteer-companies>)

Das European Network Against Arms Trade (ENAAT) arbeitet in den Ländern Europas vernetzt, deren Aktivist\*innen Teil des Aktionsbündnisses sind. Mit Laetitia Sedou hat ENAAT eine engagierte Mitarbeiterin, die von Brüssel aus gezielt Schwerpunktthemen gegen Lobbyismus und Finanzierung von Rüstungsgeschäften auf EU-Ebene setzt (<http://enaat.org/de/>). Beim letzten Kampagnentreffen wurden Stephan Möhrle, Magdalena Friedl und Jürgen Grässlin von der DFG-VK zu den „Aufschrei“-Repräsentant\*innen bestimmt.

Die drei Nichtregierungsorganisationen Amnesty International, IANSA und Oxfam gründeten die Kampagne „Control Arms“, die sich weltweit für einen streng kontrollierten Umgang mit Waffen stark macht, insbesondere im Bereich der Kleinwaffen (<https://controlarms.org/>). Der multilaterale Vertrag *Arms Trade Treaty* (ATT) soll den internationalen Handel mit konventionellen Waffen regeln (<https://www.un.org/disarmament/att/>).

Das Grundproblem dieser sicherlich gut gemeinten Ansätze ist: Sie fordern lediglich Kontrolle statt Abschaffung von Kriegswaffen, lassen den Rüstungsexportierenden Unternehmen viel zu viel Spielraum für neuerliche Waffendeals und greifen somit nicht weit genug.

Die Erfolge blieben dementsprechend begrenzt. Denn – wie bereits analysiert – der weltweite Waffenhandel wächst, in den vergangenen fünf Jahren um zehn Prozent. Rüstungsfirmen des Nordens verlegen Produktionskapazitäten in die Länder geringster Exportrestriktionen.

Wo also sind sie, die erfolgreichen Netzwerke gegen Waffenhandel in Afrika, Asien, Nord-, Mittel- und Südamerika? Es gibt sie nicht. Unsere Schlussfolgerung: Wollen wir erfolg-

reich sein, müssen wir unseren Ansatz neu definieren.

**Das GN-STAT** will die entscheidende Lücke schließen. Wer das Defizit fehlender weltweiter Vernetzung aller Gegner\*innen des Rüstungsexports durch einen umfassenden Ansatz beheben will, darf nicht länger in nationalen oder rein kontinentalen Kategorien denken. Wir müssen und wollen den weltweit agierenden Rüstungsexporteur\*innen in Industrie, Politik, Lobbyverbänden, Banken und beim Militär mit der Gründung des *Global Net – Stop the Arms Trade* entgegentreten. Einem Netzwerk, das es so noch nicht gab – und dessen zentrale Website [www.gn-stat.org](http://www.gn-stat.org) ab jetzt freigeschaltet ist.

Dabei versteht sich das GN-STAT keinesfalls als ein Verbund von Menschen, der bestehende Aktivitäten gegen Rüstungsexporte blocken will – im Gegenteil: Wir wollen dazu den weltweiten Widerstand unterstützen, fördern und vernetzen. Hierzu werden wir mit all den Menschen kooperieren, die sich aktiv gegen Rüstungsexporte eintreten – mit der sozialen Bewegung und weit darüber hinaus: Denn wir vernetzen Journalist\*innen, Autor\*innen, Kriegsphotograf\*innen, Filmemacher\*innen, Whistleblower, Ärzt\*innen, Rechtsanwält\*innen, Künstler\*innen und eben Friedens- und Menschenrechtsorganisationen mit ihren Aktivist\*innen in aller Welt.

Auf der Website des GN-STAT informieren wir über todbringende Fälle von Waffenexporten weltweit, beginnend in der Neuzeit (siehe „Cases“/„Fälle“). Wir geben den Tätern in Politik, in der Rüstungsindustrie, beim Militär, in Lobbyverbänden und bei Banken Name und Gesicht (siehe „Individual Offenders“/„Einzeltäter“). Wir kooperieren mit Ärzt\*innen, die die Opfer des Einsatzes von Kriegswaffen betreuen und geben Opfern damit eine Stimme (siehe „Victims“/„Opfer“). Damit wir unsere Ziele erreichen, erstatten wir gemeinsam mit Jurist\*innen und NGOs Strafanzeigen oder unterstützen andere Organisationen im Fall

des dringenden Tatverdachts von illegalem Waffenhandel, unabhängig von deren Position, Organisation oder politischer bzw. offizieller Funktion. Und wir formulieren die besten Argumente gegen Waffenexporte.

Basissprache der Website ist Englisch, zudem erscheinen unsere Recherchen anfangs auf Deutsch, Portugiesisch, Russisch und Spanisch. Angestrebt ist die Veröffentlichung in allen Weltsprachen, also auch auf Arabisch, Chinesisch, Französisch, Italienisch und Persisch.

In Fall 01 über den Genozid osmanischer Streitkräfte gegen mehr als eine Million Armenier\*innen mit deutschen Waffen (siehe Seite 7 in diesem Heft) publizieren wir zumindest die vierzehnsseitige Kurzfassung auch auf Armenisch, Kurdisch und Türkisch.

### Erfolgreicher Start des GN-STAT

in Barcelona und einer internationalen Pressekonferenz in Berlin. Bereits in der Startphase ist der Rückenwind enorm. Im Herbst 2017 votierte das International Peace Bureau (IPB) mit seinen mehr als 300 Mitgliedsorganisationen in aller Welt einstimmig für die Kooperation mit dem GN-STAT. Künftig wollen wir zudem zusammenarbeiten mit Vertreter\*innen der Vereinten Nationen, gleichermaßen mit international agierenden Organisationen wie beispielsweise IPB, IPPNW, WRI, WILPF, Corruption Watch u.v.a.m. Die DFG-VK unterstützt das Projekt auch mit einem finanziellen Beitrag.

Den Auftakt zur Präsentation der Website machte eine internationale Pressekonferenz. Am 5. April versammelten sich 20 Journalist\*innen aus Deutschland, England, Spanien und Russland sowie Vertreter des deutsch-armenischen Vereins und der armenischen Botschaft in Berlin zur Pressekonferenz und der Vorstellung des ersten Falles unseres weltweiten Netzwerkes gegen Waffenhandel.

Meiner Vorstellung des globalen Netzwerkes folgte die Präsentation des Münchner Journalisten und Filmemachers Wolfgang Landgraber. Er hatte in den vergangenen Monaten den GN-



Protest vor Heckler & Koch in Oberndorf/Neckar

STAT-Fall 01 „Deutsche Waffenexporte für den Völkermord: Mauser-Gewehre und Krupp-Kanonen im Einsatz beim Genozid osmanischer Streitkräfte an Armeniern (1895-1915)“ recherchiert. Im Mittelpunkt steht die deutsche Beteiligung am Genozid an den Armeniern durch Waffenlieferungen an das Osmanische Reich.

Dr. Helmut Lohrer von der IPPNW leistete im Folgenden den Transfer in die Jetztzeit und zeigte, wie auch heute noch dieselben Unternehmen (oder deren Nachfolger) hemmungslos in aktive Konflikte eingreifen – wie beispielsweise im völkerrechtswidrigen Krieg der Türkei in Nordsyrien und im völkerrechtswidrigen Krieg Saudi-Arabiens im Jemen durch Rüstungsexporte.

Die anschließende Medienresonanz war entsprechend umfassend. Allein die Zusammenfassung der ersten Reaktionen füllt 37 Seiten der Dokumentation zur Medienberichterstattung.

Das macht Mut für die weitere Arbeit.

*Jürgen Grässlin ist Mitglied des DFG-VK-BundessprecherInnenkreises, Vorsitzender des „RüstungsInformationsBüros“ und einer der Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“*

### Mitmachen beim GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE!

Das Netzwerk bittet:

- Sende uns Berichte, Dokumente und Fotografien zu einem internationalen Rüstungsexportdeal, zu dem du recherchiert hast.
- Übersetze unsere Texte in deine Heimatsprache.
- Arbeite im Redaktionsteam mit, das die eingehenden Texte und Dokumente auf ihre Richtigkeit überprüft und ggf. redaktionell überarbeitet.
- Stelle Fotografien zur Verfügung über Rüstungsexporte bzw. Kriege oder Konflikte.
- Spende, damit wir den Auf- und Ausbau des GN-STAT finanzieren können.

Bei der Weitergabe von Informationen wird auf Wunsch absolute Vertraulichkeit garantiert.

Kontakt und weitere Informationen:

contact@gn-stat.org  
www.gn-stat.org  
RüstungsInformationsBüro  
mit der DFG-VK Freiburg  
Postfach 5261  
79019 Freiburg



# Munitionswerke für die Welt

## Wie mit Rheinmetall-Munition in Krisen- und Kriegsgebieten gemordet wird

Von Otfried Nassauer

Seit 2004 ist die Rheinmetall AG Eigentümerin des Oberndorfer Waffenherstellers Mauser. Rheinmetall hat – wie Mauser – eine sehr lange Geschichte als Rüstungskonzern. Das Kerngeschäft der Aktiengesellschaft besteht seit fast 130 Jahren darin, mit Waffen und Munition weltweit Geld zu verdienen. Auch in der Türkei. 1899 gelang es ihrem Gründungsvater Heinrich Ehrhardt, den ersten türkischen Munitionsauftrag für seine Firma an Land zu ziehen.

Der heutige Geschäftsbereich „Waffe und Munition“ von Rheinmetall Defence (RWM), der Militärsparte des Düsseldorfer Großkonzerns, umfasst die Produktion und den Export von Maschinengewehren, Schnellfeuerkanonen, Munition, Treibladungen und Schutzsystemen. Die Bilanzzahlen lassen erkennen, dass dieser in den vergangenen Jahren maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg im Rüstungsgeschäft beitrug.

Die Rheinmetall AG hat in den letzten zwei Jahrzehnten eine Vielzahl vor allem europäischer Firmen aufgekauft, die im Bereich der Munitionsherstellung aktiv sind. Darüber hinaus beteiligte sie sich weltweit an etlichen Gemeinschaftsfirmen, die in diesem Sektor tätig sind. Das internationale Engagement erweiterte einerseits das Produktportfolio des Konzerns um neue Munitionsangebote und führte andererseits dazu, dass der Konzern im Exportgeschäft seinen Kunden Munitionstypen anbieten konnte, auf denen keine deutschen Technologierechte lagen. Damit entstanden erweiterte Möglichkeiten, Kunden ohne deutsche Rüstungsexportgenehmigungen zu beliefern.

Eine Präsentation des ehemaligen Rheinmetall-Managers Andreas Schwer vor Finanzanalysten mach-

te deutlich, dass die Rheinmetall AG mittlerweile weltweit zu den drei größten Herstellern groß- und mittelkalibriger Munition gehört.

Rheinmetall-Unternehmen im Ausland, vor allem RWM Italia und die Gemeinschaftsfirma Rheinmetall Denel Munition in Südafrika, haben den umsatzmäßig größten Teil dieser Exportaufträge erhalten – und das oft für Lieferungen in Länder, für die es in Deutschland aufgrund der Menschenrechtslage und/oder der Beteiligung an aktuellen Kriegen möglicherweise keine Exportgenehmigung für Munitionsexporte gegeben hätte.

Das ist kein Zufall. Seit mehr als zehn Jahren verfolgt die Rheinmetall AG eine Strategie der Internationalisierung. Die bereits erwähnten Firmen RWM Italia und Rheinmetall Denel in Südafrika stehen für dieses Geschäftsmodell. Das folgende Schaubild illustriert die Sicht von Rheinmetall Ende des Jahres 2016.

**RWM Italia.** 2010 erwarb die Rheinmetall AG den kriselnden italienischen Munitionshersteller S.E.I. (Socieda Esplosivi Industriali) mit Werken im norditalienischen Ghedi und in Domusnovas auf Sardinien. Die Firma wurde in die RWM Italia S.p.A. umgewandelt. RWM Italia stellt konventionelle und insensitive Sprengstoffe her, produziert Marinemunition und – als wichtigstes Exportgut – in US-amerikanischer Lizenz Bomben der MK80-Serie. Diese werden auch in vielen Lenk Waffen, z.B. der Paveway-Serie und in bunkerzerstörenden Waffen der BLU-109-Serie verwendet, finden also sehr breit Anwendung.

Wichtigste Kunden von RWM-Italia waren in den letzten Jahren Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Saudi Arabien und die VAE führen im Jemen Krieg

und haben deshalb einen großen Bedarf an Bomben, Lenk Waffen und deren Komponenten, den RWM Italia decken kann. Sie sorgten mit ihrer Nachfrage nach Bomben der MK80-Baureihe für eine ganz erhebliche Steigerung des Umsatzes.

Saudi-Arabien wird nicht nur direkt, sondern auch indirekt über Großbritannien beliefert. Dort hat Saudi-Arabien bei Raytheon Systems UK erhebliche Mengen an Lenk Waffen des Typs Paveway IV bestellt, deren Bombenkörper vom Typ MK82 ebenfalls von RWM Italia produziert werden. Zeitweise, so britische Berichte, lieferte Raytheon UK aufgrund der Dringlichkeit des saudischen Bedarfs sogar Paveway IV nach Saudi-Arabien, die eigentlich für die britische Luftwaffe produziert worden waren.

Amnesty International und Human Rights Watch haben den Einsatz von MK82- und MK83-Bomben sowie Lenk Waffen des Typs Paveway IV von RWM-Italia im Jemenkrieg gegen militärische und zivile Ziele nachgewiesen. Eine Expertenkommission der Vereinten Nationen kam Anfang 2017 zu dem gleichen Ergebnis und schlussfolgerte, dass etliche Einsätze dieser Waffen substanzielle Zweifel an deren Zulässigkeit nach den Regeln des Kriegsvölker- und des internationalen humanitären Rechts aufwerfen. Dessen ungeachtet hat Rheinmetall inzwischen damit begonnen, seine Produktionskapazitäten bei RWM Italia in Sardinien zu modernisieren und zu erweitern.

**Joint Venture in Südafrika.** 2008 erwarb Rheinmetall nach dreijährigen Vorgesprächen einen Anteil von 51 Prozent an der Munitionssparte des staatlichen südafrikanischen Rüstungskonzerns Denel und überführte diesen Bereich in die neue Gemein-

schaftsfirma Rheinmetall Denel Munitions (Pty) Ltd. Wenige Jahre später erwarb RWM zusammen mit RDM einen Hersteller für Zünder in Südafrika, die Laingsdale Engineering Ltd.

RDM kann ein sehr breites Spektrum an Standardmunitionen für Land-, See- und Luftstreitkräfte anbieten, darunter Granaten, Mörser- und Artilleriemunition, Geschosse für Schiffskanonen und Bomben der MK80-Serie.

Schon bei der Gründung von RDM bestand bei Rheinmetall die Absicht, dass der Konzern sich mit diesem Joint Venture für Deutschland exportrechtlich problematische Märkte von Südafrika aus erschließen wollte: Das südafrikanische Gemeinschaftsunternehmen sollte sich um Märkte im Nahen und Mittleren Osten, in Nordafrika, Südostasien und Lateinamerika kümmern, der Mutterkonzern um die Akquisition von Aufträgen sowie um Exporte in rüstungsexportrechtlich unproblematische Länder.

Dieser Ansatz erwies sich als äußerst erfolgreich. Der deutsche RDM-

Geschäftsführer, Norbert Schulz, nannte das Engagement in Südafrika „die beste Geschäftsentscheidung, die Rheinmetall in den letzten 20 Jahren getroffen hat“.

### Munitionsfabriken für die Welt.

Rheinmetall Denel hat sich zudem darauf spezialisiert, ganze Munitionsfabriken und Munitionsabfüllanlagen in teils höchst umstrittene Empfängerländer zu exportieren. Die Firma behauptet, in etwas mehr als drei Jahrzehnten 39 solcher Anlagen gebaut zu haben. Jedes Jahr kommen angeblich zwei bis drei weitere hinzu.

Die oft autokratisch regierten Kundenländer werden somit unabhängiger von der Rüstungsexportgenehmigungspolitik der Lieferländer. Ihre Politik nach innen (Menschenrechte) und nach außen (Konflikte und Kriege) kann deutlich weniger durch Druck aus den Lieferländern beeinflusst werden. Zusätzlich können dort eigene Rüstungsexportgeschäfte eingeworben werden.

**Money, Money, Money.** RWM Italia und RDM profitierten in diesem Zeitraum vor allem von ihren Geschäften mit MENA-Ländern [„Middle East & North Africa“ – Anm. d. Red.], die in den Krieg im Jemen verwickelt sind. Saudi-Arabien und die VAE sind zudem dafür bekannt, für Rüstungslieferungen sehr gute Preise zu zahlen, vor allem dann, wenn die Interessen der Herrscherhäuser mit bedient werden. Es gilt wie so oft: Wenn die Geschäfte florieren, geht die Moral schnell flöten. Heute wie damals. In Deutschland und unter deutscher Verantwortung im Ausland.

*Otfried Nassauer ist freier Journalist und Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit ([www.bits.de](http://www.bits.de)). Dieser Beitrag ist die stark gekürzte Version eines umfassenderen Artikels zur weltweiten Geschäftspolitik der Rheinmetall AG, der nachzulesen ist auf <https://www.gn-stat.org/deutsch/der-mik/rheinmetall-deutsch/>*

## „Einsatzwert und Kampfkraft erhöhen!“

### Zum neuen Traditionserlass der Bundeswehr: Wieviel Wehrmacht soll es sein?

Von Frank Brendle

In der Bundeswehr schien sich im vergangenen Jahr ein Abschied von der Wehrmacht anzudeuten: Aufgescheucht durch den Skandal um den rechtsextremen Bundeswehrprofizier Franco A. und das Auftauchen neuer Gewaltvideos aus der Truppe, veranlasste die Verteidigungsministerin eine Art Generalrevision in den Kasernen, um Wehrmachtsdevotionalien aufzustöbern und, sofern sie nicht explizit Gegenstand musealer Exposition sind, wegräumen zu lassen. Außerdem legte sich die Ministerin darauf fest, dass der Name der nach einem Wehrmachtsoffizier benannten Lent-Kaserne im niedersächsischen Rothenburg nicht mehr tragbar sei. Wie es die Bundeswehr mit militärischer Tradition halte, solle ein neuer Traditionserlass regeln.

Dieser neue Erlass ist seit März dieses Jahres in Kraft. In den Medien war die Einschätzung verbreitet, er sei gegenüber der Wehrmacht sehr viel distanzierter als der bisherige. Das darf wohl bezweifelt werden.

**Offiziell begründet** wurde der neue Erlass damit, dass der alte von 1982 stamme und angesichts von Wiedervereinigung und Auslandseinsätzen überholungsbedürftig sei.

Im neuen Erlass wird nun auf wenigen Seiten ein Parforceritt durch die neuere deutsche Militärgeschichte unternommen und gleich angedeutet, was man davon zu halten hat: Die Armeen des 19. Jahrhunderts als „stabilisierender Bestandteil einer dynastischen Ordnung“, die Reichswehr als Verein, der zwar auf die Verfassung

eingeschworen war, aber gleichwohl „einem antirepublikanischen Geist verhaftet“ blieb, die Wehrmacht, über die hier noch ausführlicher zu reden sein wird, die Nationale Volksarmee (NVA) als Säule der SED-Herrschaft und schließlich die Bundeswehr als, naja, Supertruppe, die „militärische Leistungsfähigkeit und soldatische Pflichten mit demokratischen Rechten vereint.“

**Bereits an dieser Stelle** ist dem lesenden Soldaten aufgegeben, sich angesichts der deutschen Militärgeschichte „mit ihren Höhen, aber auch ihren Abgründen“ bewusst darüber zu werden, dass in jeder Epoche etwas dabei sei, das auch dem Hauptgebot des Erlasses, „auf Grundlage der Werteordnung des Grundgesetzes“ »

» zu stehen, entspreche. Aus dem Kaiserreich etwa das „Führen von vorne“ oder die Einführung eines Generalstabes als „fortschrittliche und richtungsweisende Verfahren“. Obwohl das eigentlich eher technische als wertegebundene Innovationen waren.

**Was die Traditionsbildung** in der Truppe eigentlich soll, erklärt der Erlass gleich auf der ersten Seite: „Sie schafft und stärkt Identifikation, unterstützt eine verantwortungsvolle Aufgabenerfüllung und erhöht Einsatzwert und Kampfkraft.“

Zum Kampf anspornende Vorbilder? Da war man in den 1990ern, als die Bundeswehr auf den Auslandseinsatz umgepolt worden war, noch beinahe zwangsläufig bei der Wehrmacht gelandet. Nicht unbedingt wegen, aber immerhin doch trotz ihrer Verbrechen – es war einfach das jüngste Beispiel einer Armee, die „heroische“ Kriege (im Sinne Herfried Münklers) führte, deren Angehörige also in treuer Pflicht und (!) überzeugter Hingabe ihr Leben für eine vermeintlich höhere Sache zu opfern bereit gewesen seien. Kein Wunder, dass etwa der frühere KSK-Kommandeur Reinhard Günzel das Vorbild für seine Elitetruppe ausdrücklich bei den „Brandenburgern“ sah, einer ebenso elitären Einheit der Wehrmacht.

In die Welt zu ziehen, um neben ein paar Brunnen Frieden und Gerechtigkeit zu exportieren, aber gleichzeitig alten Wehrmachtssplunder im Tornister mitzuführen, das ergab freilich ein gewisses Glaubwürdigkeitsproblem und war zudem stets skandalträchtig.

Daher gibt es seit Jahren Bestrebungen, die Bundeswehr dahingehend zu modernisieren, die alten Wehrmachts-Zöpfe endlich abzuschneiden und die Einsatzorientierung mit eigener Tradition zu begründen.

An dieser Stelle unterscheidet sich der neue am deutlichsten vom alten Erlass: Wurde in diesem noch vermerkt, die Bundeswehr pflege „bereits“ eigene Traditionen, an die künftig angeknüpft werden solle, heißt es nun ganz klar: „Zentraler Bezugspunkt der Tradition der Bundeswehr sind ihre eigene, lange Geschichte und die Leistungen ihrer Soldatinnen und Soldaten“, dabei explizit auch ihre „Bewährung in Einsätzen und im Gefecht“ betonend.

**Ursula von der Leyen** hatte für die Unterzeichnung des Erlasses ein wohldurchdachtes Setting gewählt: Die Umbenennung der Emmich-Cambrai-Kaserne in Hannover in Hauptfeldwebel-Lagenstein-Kaserne.

Der alte Namensgeber war ein kaiserlicher Offizier, der neue ein Feldjäger der Bundeswehr, der 2011 in Afghanistan bei einem Anschlag ums Leben kam. In Soldatenforen wurde zwar sofort erkannt, dass das ein politisch motiviertes Manöver war. Der Feldjäger habe zwar seine Pflicht getan, aber keine „besonderen“ Verdienste erworben. Aber um die politische Botschaft ging es ja auch: Weg mit alten Zöpfen, Bundeswehr zuerst!

**Und doch:** Ganz aussterben soll das Gedenken an die Wehrmacht doch nicht. Ihrer verbrecherischen Rolle im

Zweiten Weltkrieg werden zwar ein paar Zeilen mehr gewidmet als noch 1982, aber ähnlich verschwurbelt: Die Wehrmacht „diente dem nationalsozialistischen Unrechtsregime und war in dessen (sic!) Verbrechen schuldhaft verstrickt“, und sie sei zu einem „Instrument der rassenideologischen Kriegsführung“ geworden. Die Wehrmacht erscheint hier als bloßes Instrument, das in etwas „verstrickt“ war, was eigentlich ein anderer Akteur (das Unrechtsregime) zu verantworten hat. Verbrechen der Wehrmacht aus eigenem Antrieb scheint es nie gegeben zu haben.

Interessant ist allerdings: Während der alte Traditionserlass die Frage, ob Wehrmachtsangehörige irgendwie vorbildhaft sein könnten, überhaupt nicht thematisierte, wird im neuen Erlass ausdrücklich festgehalten, dass dies „grundsätzlich möglich“ sei, und zwar nach einem sorgfältigen „Abwägen“, das die Frage persönlicher Schuld „berücksichtigen“ müsse. Zwingend wird zudem eine Leistung erwartet, die „vorbildlich oder sinnstiftend in die Gegenwart wirkt“, genannt werden die Beteiligung am militärischen Widerstand gegen Hitler oder Verdienste um den Aufbau der Bundeswehr.

Das Vorliegen persönlicher Schuld (also die „Verstrickung“ in Kriegsverbrechen) ist demnach kein zwingendes Ausschlusskriterium, sondern durch Widerstand oder Hilfe bei der Wiederbewaffnung aufrechenbar. So vermeidet es die Bundeswehr, Figuren wie Heusinger (militärischer Chefplaner unter Hitler und später erster Ge-

## Tradition und Kontinuität ...



Kriegsflagge im Deutschen Reich 1871-1919 (mit kleineren Modifikationen; hier abgebildet die Version 1903-1919; 1871-1892 „Kaiserliche Kriegsflagge“, 1892-1919 „Reichskriegsflagge“)



Flagge der Reichswehr (1921-1933) im Deutschen Reich 1919-1933 („Weimarer Republik“)

neralinspekteur unter Adenauer) oder manchen Offizier des 20. Juli von der Liste streichen zu müssen. Das Hintertürchen zur Wehrmacht, das sich die Bundeswehr bislang in der Praxis immer offen gehalten hat, ist jetzt erstmals in einem Traditionserlass ausdrücklich verankert. Das kann man militärreformerisch als eingrenzende Regulierung betrachten, oder antifaschistisch als Ausdruck nach wie vor fehlenden Distanzierungswillens.

Der drückt sich auch darin aus, dass sich von der Leyen ausdrücklich für die Beibehaltung der beiden Rommel-Kasernen einsetzt. Nun ist die Forschungslage nicht ganz eindeutig, es mag sein, dass Rommel im Sommer 1944 von Attentatsplänen hat läuten hören, aber ein Widerstandskämpfer war er ganz sicher nicht. Dabei heißt es doch im neuen Erlass, dass bestehende Kasernenamen dem Traditionserlass entsprechen müssen.

Im Fall der Lent-Kaserne gibt es einen regelrechten Machtkampf: Das Ministerium will die Umbenennung (Lent hatte bis kurz vor seinem Tod im Herbst 1944 blutrünstige Durchhalteparolen von sich gegeben), der Standort sperrt sich, jetzt wird dort wahrscheinlich ein erneuter „Meinungsbildungsprozess“ von oben angeregt, so lange, bis die Truppe endlich spurt. (siehe dazu *ZivilCourage* 5/2016)

**Ein kurzes Wort zur NVA:** Vereinzelt war zu lesen, diese werde mit der Wehrmacht gleichgesetzt. Diese Kritik geht zu weit, hat aber immerhin zum expliziten Hinweis im Erlass ge-

führt, dass die NVA 1989 nicht hat auf Demonstranten schießen lassen. Ansonsten gilt das gleiche wie für die Wehrmacht: In Einzelfällen können auch NVA-Angehörige Vorbilder sein (was bislang aber keinem gelungen ist).

Nebenbei: Ob Tradition (egal ob mit Blick auf Wehrmacht oder Bundeswehr) tatsächlich dazu beiträgt, den Kampfwillen zu stärken, oder ob das lediglich ein Wunsch der Politik und Militärführung ist, scheint nicht ausgemacht. In Militärzeitschriften ist dazu Widersprüchliches zu lesen, und eine umfassende empirische Untersuchung dazu gibt es bislang nicht.

**Mangelnden Distanzierungs willen** kann man der Bundeswehr, empirisch gestützt, noch in anderer Hinsicht vorwerfen: Im Umgang mit Soldaten, die rechtsextremen Umtrieben nachgehen.

Die Linksfraktion im Bundestag fragt seit einiger Zeit Details zu den Vorfällen ab, die dem Wehrbeauftragten gemeldet wurden, und wie anschließend mit den betreffenden Soldaten verfahren wurde. Und da stellt sich heraus, dass die Truppe nicht immer, aber immer wieder an Soldaten, die Naziparolen grölen oder Hakenkreuze schmieren, festhält, ja, ihnen sogar den weiteren Zugang zu Waffen gestattet.

Da posiert jemand mit einer Hakenkreuz-Tasse, spielt Kameraden Musik von Nazigruppen vor, freut sich auf den Mali-Einsatz, weil er dort „den Schwarzen die Köpfe wegschießen“ könne, entlarvt sich selbst als Reichs-

bürger, beleidigt eine Kameradin mit „Heil Hitler, du Fotze“, entbietet ungerechnet gegenüber Polizisten den Hitlergruß – und kommt teilweise mit Verwarnungen oder Disziplinarbußen davon, wird aber weiter an der Waffe ausgebildet. Manchmal werden die Betreffenden auch vorzeitig entlassen – der Umgang ist uneinheitlich, weil, wie das Ministerium betont, vom jeweiligen Kommandanten stets der „Einzelfall“ geprüft werde.

162 Meldungen waren voriges Jahr verzeichnet (99 mehr als 2016). Um auch einmal etwas Positives herauszustellen: Es scheint tatsächlich mehr Soldaten als früher zu geben, die bereit sind, rechtsextremes Verhalten ihrer Kameraden zur Meldung zu bringen. Eigentlich keine schlechte Sache. Wenn diese Soldaten dann aber zur Kenntnis nehmen müssen, dass ihre braunen Kameraden bei der Truppe verbleiben, erhalten sie postwendend das Signal, dass sich das Risiko, als Denunziant oder Kameradenschwein zu gelten, nicht rentiert.

Unterm Strich zeigt sich, dass die Bundeswehr nach wie vor nicht bereit ist, sich dem Rechtsextremismusproblem in ihren Reihen zu stellen. Was soll sie auch machen, außer an Symptomen herumzudoktern? Denn Neonazis fühlen sich ja von gewaltaffinen, patriarchalen Strukturen überdurchschnittlich angezogen. Bundeswehr abschaffen, wäre daher auch für den Antifaschismus die richtige Forderung.

*Frank Brendle ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg.*



„Reichskriegsflagge“ im Deutschen Reich („Drittes Reich“) 1933-1945 (mit einer leichten Modifikation 1937/38; von 1933-1935 wurde als „Reichskriegsflagge“ die Flagge der Reichswehr ohne das Schwarz-Rot-Gold der Republik verwendet)



Aktuelle Selbstdarstellung der Bundeswehr in alberner Marketing-/Reklamesprache unter Verwendung des „Eisernen Kreuzes“; eine „Bundeskriegsflagge“ gibt es (noch) nicht; als Flagge verwendet die Bundeswehr die „Bundesdienstflagge“ (schwarz-rot-gold mit „Bundesschild“ und „Bundesadler“) und dieser weitgehend entsprechende Truppenfahnen

... immer dabei:  
das Eiserne Kreuz